Jörg Muscheid

Corona drückt auf viele Einkommen

Schwere Zeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

In aller Kürze:

Der massive Einsatz von Kurzarbeit infolge der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie hat die Arbeitswelt im Jahr 2020 geprägt. Erstmals seit Jahren gehen die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zurück: Im zweiten Quartal 2020 war ein Minus von 5,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Vor allem Beschäftigte mit niedrigen Löhnen sind erheblich betroffen. Es ist zu befürchten, dass 2020 nur den Beginn schwerer Zeiten für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer markiert. Daher bedarf es unter anderem einer Stärkung der Tarifbindung, einer offensiven Mindestlohnpolitik sowie einer Qualifizierungsoffensive zur Bewältigung des Strukturwandels.

Das vergangene Jahr stand ganz im Zeichen der Corona-Pandemie mit seinen schlimmen Auswirkungen. Auch in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt hat diese Pandemie bereits jetzt deutliche Spuren hinterlassen, die ohne den massiven Einsatz von finanziellen Hilfen des Staates deutlich gravierender ausgefallen wären. Arbeitsmarktpolitisch war Kurzarbeit das Mittel der Wahl: Über 70.000 Beschäftigte waren im April und Mai im Land Bremen in Kurzarbeit. Für die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat die Kurzarbeit, die 2020 in einem historisch einmaligen Ausmaß genutzt wurde, viele Tausend Arbeitsplätze zunächst erhalten können.[1]

Kurzarbeitergeld für Niedrigverdiener: An der Grenze zum Existenzminimum

Kurzarbeit sichert Arbeitsplätze, hat aber für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer empfindliche Einbußen zur Folge. Angesichts der überdurchschnittlich hohen Löhne im Land Bremen mag das auf den ersten Blick verkraftbar erscheinen, doch ist das eben nur ein „Durchschnittswert“ über alle Branchen und Qualifikationen. Dahinter verbergen sich massive Unterschiede zwischen den Verdiensten in den einzelnen Branchen wie auch zwischen hoch und niedrig qualifizierten Beschäftigten. Vor allem die vielen Tausend Beschäftigten in den schlecht bezahlten Branchen Gastronomie und Handel mussten Einkommenseinbußen hinnehmen. Ein Koch oder eine Köchin in Vollzeitbeschäftigung verdient „normalerweise“ rund 2.280 Euro, eine Servicekraft in der Gastronomie rund 1.840 Euro, ein Verkäufer oder eine Verkäuferin im Einzelhandel rund 2.450 Euro.[2] Bei solchen Bruttoverdiensten verbleiben netto für einen Alleinstehenden nur rund 1.330 Euro bis 1.670 Euro. Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass mit dem Kurzarbeitergeld viele Niedrigverdienerinnen und -verdiener an die Grenze des Existenzminimums geraten.

Ein zweiter Aspekt kommt in diesem Zusammenhang zum Tragen: Nur wenige Unternehmen wie Daimler oder Airbus stocken das Kurzarbeitergeld

1 Vgl. zu den Auswirkungen ausführlich Jathe/Geraedts (2020).

2 Vgl. Entgeltatlas der Bundesagentur für Arbeit. Jeweils Mittelwert, Stand Dezember 2019.

auf. Eine erste Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) für die aktuelle Situation in Deutschland macht deutlich, dass vor allem Beschäftigte, die tarifvertraglich abgesichert sind, eine Aufstockung erhalten; rund 58 Prozent im Vergleich zu lediglich 34 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen ohne Tarifbindung.[3] Es ist zudem zu vermuten, dass vor allem größere Unternehmen dazu in der Lage sind. Aber gerade Branchen wie der Handel haben eine geringe Tarifbindung und sind vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt.

Im Folgenden sollen daher kurz die allgemeine Einkommensentwicklung sowie die Branchenverdienste dargestellt werden, bevor der Aspekt der Niedriglohnbeschäftigung eingehender thematisiert wird. Der Fokus liegt dabei in diesem Artikel durchgängig auf den Vollzeitbeschäftigten. Damit soll nicht die Bedeutung von Teilzeitbeschäftigung und Minijobs für den Arbeitsmarkt wie auch gerade für den Niedriglohnbereich verkannt werden: Betrachtet man die Stundenlöhne, reicht nach Berechnungen des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ)[4] die Spanne von „nur“ 10,7 Prozent in Hamburg bis hin zu 34,1 Prozent in Thüringen. Damit ist der Niedriglohnsektor in Deutschland – unter Einbeziehung aller Jobs – einer der größten in der Europäischen Union. Hinsichtlich der Verdienstunterschiede bei Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten wird daher auf den Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2019 verwiesen.[5]

3 Vgl. WSI-Verteilungsbericht (2020).

4 Vgl. Institut Arbeit und Qualifikation (2020). Berechnet auf Basis des sozioökonomischen Panels SOEP für das Jahr 2018.

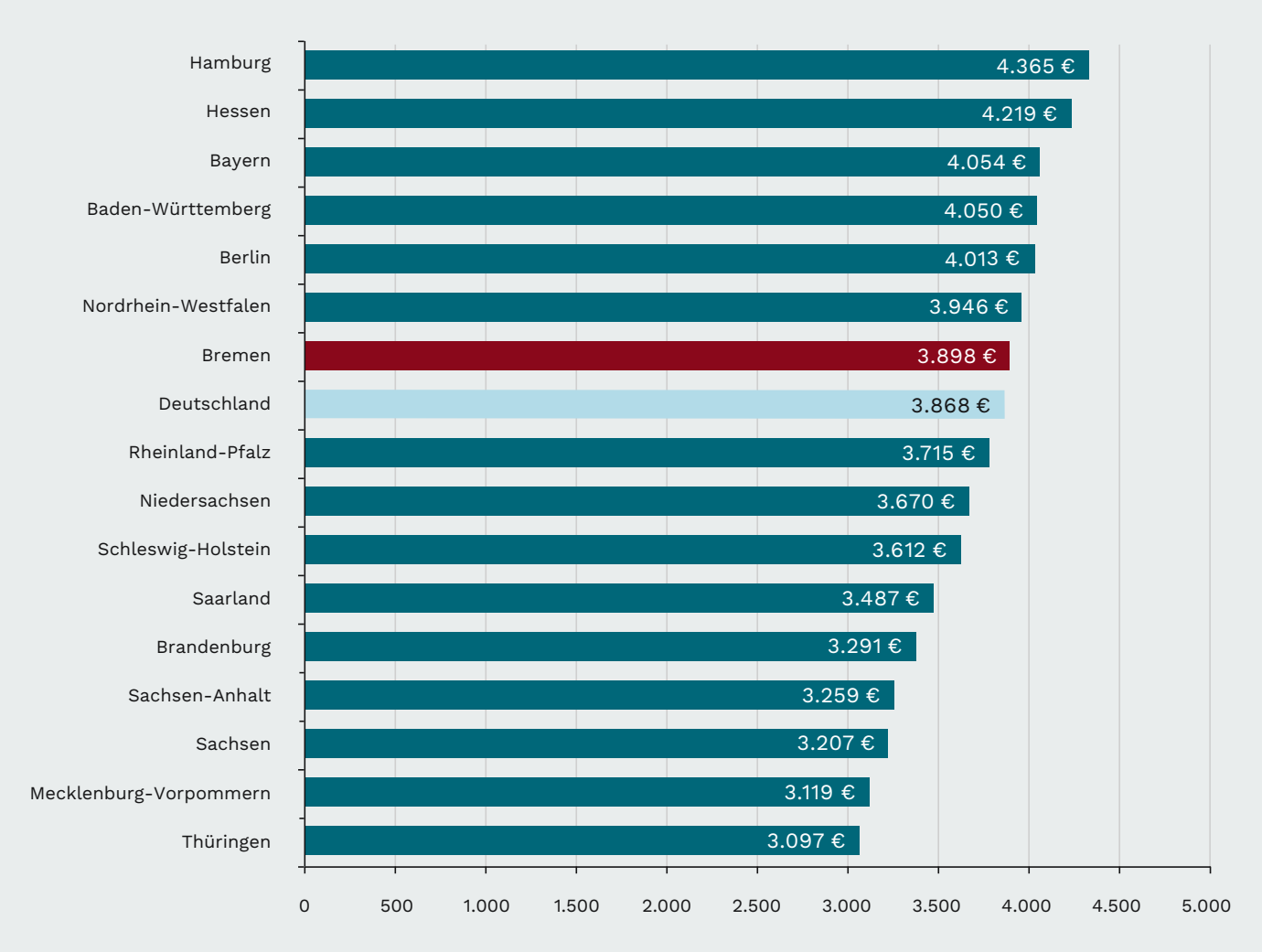
5 Vgl. Muscheid (2019).

Im Ländervergleich ist Bremen nach wie vor überdurchschnittlich

Wie sieht die aktuelle Situation aus? Vollzeitbeschäftigte mit Bremen als Arbeitsort verdienten im zweiten Quartal 2020 durchschnittlich 3.898 Euro monatlich. Hinzu kamen rund 422 Euro pro Monat an Sonderzahlungen. Im Ländervergleich zeigen sich nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen den „alten“ und den „neuen“ Bundesländern.

Im Vergleich zu den anderen „alten“ Bundesländern liegen die bremischen Bruttomonatsverdienste der Vollzeitbeschäftigten in der unteren Hälfte; die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen hier rund 230 Euro mehr als in Niedersachsen, aber weniger als in den beiden anderen Stadtstaaten.

Abbildung 1:
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste von Vollzeitbeschäftigten im Bundesländervergleich
2. Quartal 2020 (ohne Sonderzahlungen)

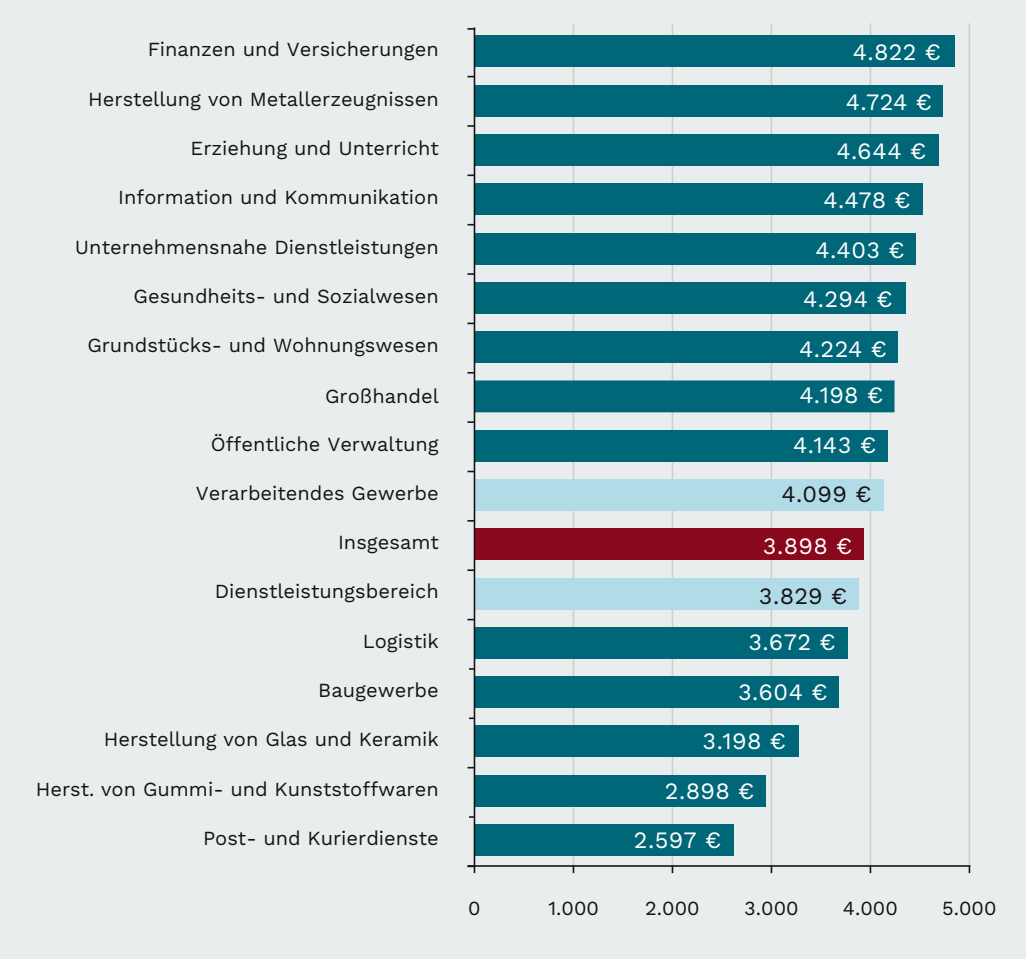


Quelle: Statistisches Bundesamt
© **Arbeitnehmerkammer** Bremen

Enorme Verdienstunterschiede in den Branchen

Hinter den „durchschnittlichen“ Bruttoverdiensten verbergen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen. Im Bundesvergleich ist das Land Bremen vor allem bei den industriellen Arbeitsplätzen stark aufgestellt: In der Industrie finden sich eine ganze Reihe von Global Playern wie Daimler, Airbus, ArcelorMittal, OHB etc., die gut bezahlte Arbeitsplätze anbieten. Arbeitsplätze, die zudem überwiegend tarifvertraglich abgesichert sind. Im Durchschnitt aller Industriebranchen erzielen Vollzeitbeschäftigte ein Einkommen von 4.099 Euro. Das sind rund 270 Euro mehr als im Durchschnitt der Dienstleistungsbranchen. Hier gibt es zwar auch Branchen mit hohen Löhnen, wie zum Beispiel die Finanzdienstleistungen, bei den Dienstleistungen sind aber auch viele Branchen mit deutlich unterdurchschnittlicher Bezahlung.[6]

Abbildung 2:
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste von Vollzeitbeschäftigten im Land Bremen nach Branchen im 2. Quartal 2020 (ohne Sonderzahlungen)



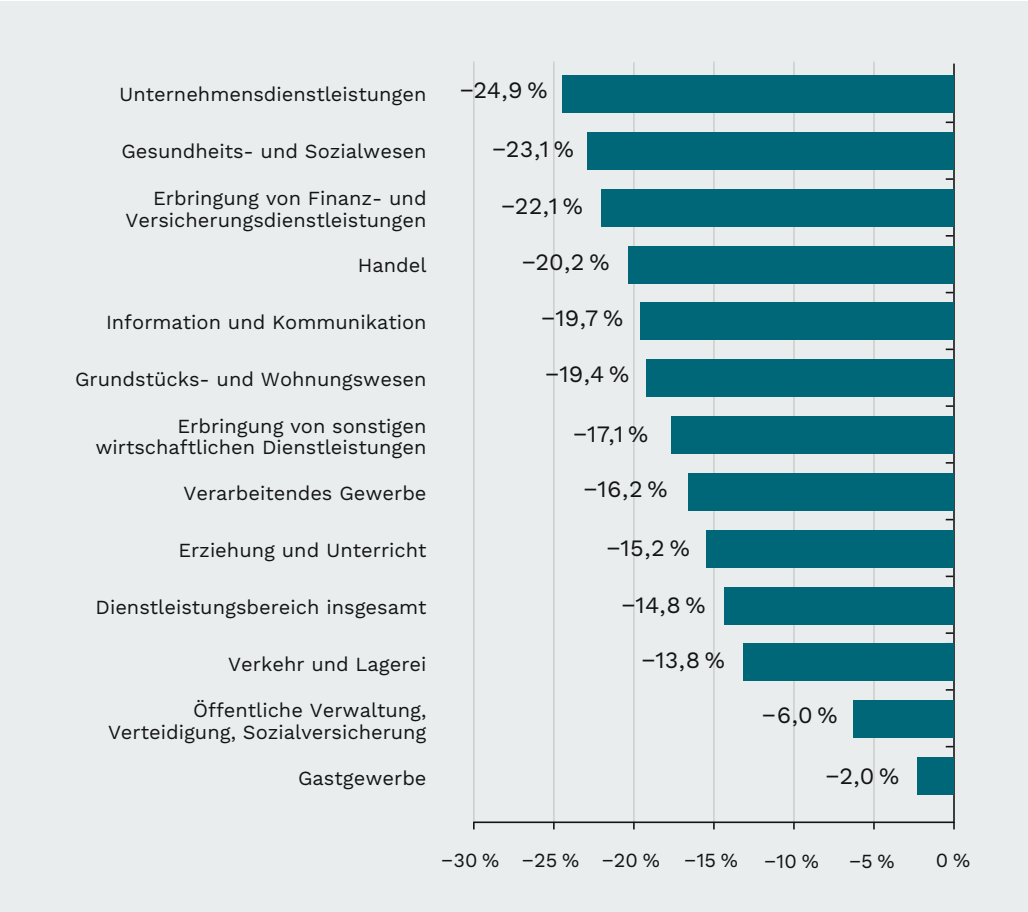
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen
© **Arbeitnehmerkammer** Bremen

6 In einzelnen Branchen gibt es auf Landesebene vergleichsweise wenige Fallzahlen, sodass die Aussagekraft zum Teil deutlich eingeschränkt ist, die betrifft zum Beispiel die Gastronomie, den Einzelhandel und sonstige Dienstleistungen. Diese Branchen werden hier nicht im Detail dargestellt.

Gender Pay Gap nach wie vor hoch

Der Gender Pay Gap liegt in Deutschland bei rund 21 Prozent; im Land Bremen ist er aufgrund der Wirtschaftsstruktur mit 22 Prozent geringfügig höher. Insgesamt ist er in den letzten Jahren langsam gesunken, aber nach wie vor leisten Frauen den Hauptteil der sogenannten Care-Arbeit – von der Kinderbetreuung über familiäre Unterstützung bis hin zur häuslichen Pflege, was sich in beruflicher Hinsicht in einem hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigung, Brüchen in der Berufsbiografie etc. niederschlägt. Der Blick auf die Branchen im Land Bremen zeigt deutliche Unterschiede bei den Stundenlöhnen und damit beim Verdienst für Frauen und Männer: Sie sind am höchsten bei den Unternehmensdienstleistungen, am niedrigsten in der Gastronomie.

Abbildung 3:
Abstand der Stundenlöhne von Frauen zu Männern im Land Bremen,
2. Quartal 2020 nach Wirtschaftszweigen (ohne Sonderzahlungen)

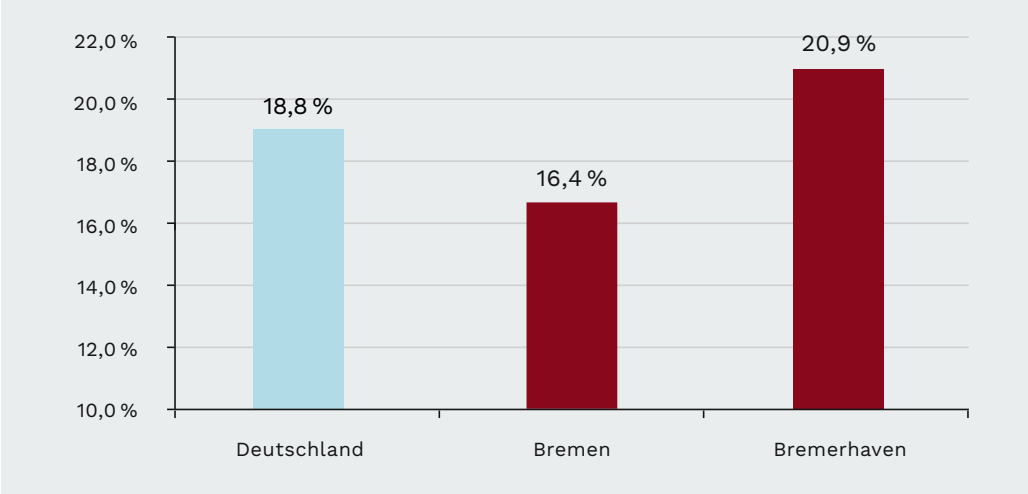


Quelle: Statistisches Landesamt Bremen
© **Arbeitnehmerkammer** Bremen

Ausgeprägter Niedriglohnsektor im Land Bremen

Wie bereits eingangs betont, sind niedrige Löhne in Deutschland weitverbreitet. Aber auch wenn man die Teilzeitbeschäftigten sowie Minijobberinnen und -jobber außer Acht lässt und nur die „Normalarbeitsverhältnisse“, also die Vollzeitarbeitsplätze, betrachtet, finden sich viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich. Nach der Definition der OECD gilt als Beschäftigter im Niedriglohnbereich, wer bei einer Vollzeittätigkeit weniger als zwei Drittel des mittleren Entgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten erzielt. Der Schwellenwert für den Niedriglohn der Vollzeitbeschäftigten liegt aktuell bei 2.267 Euro im Monat. In Deutschland verdient nahezu jeder fünfte Beschäftigte (18,8 Prozent) weniger.

Abbildung 4:
Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnbereich 2019,
Anteil an allen Vollzeitbeschäftigten in Prozent



Quelle: Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit
© **Arbeitnehmerkammer** Bremen

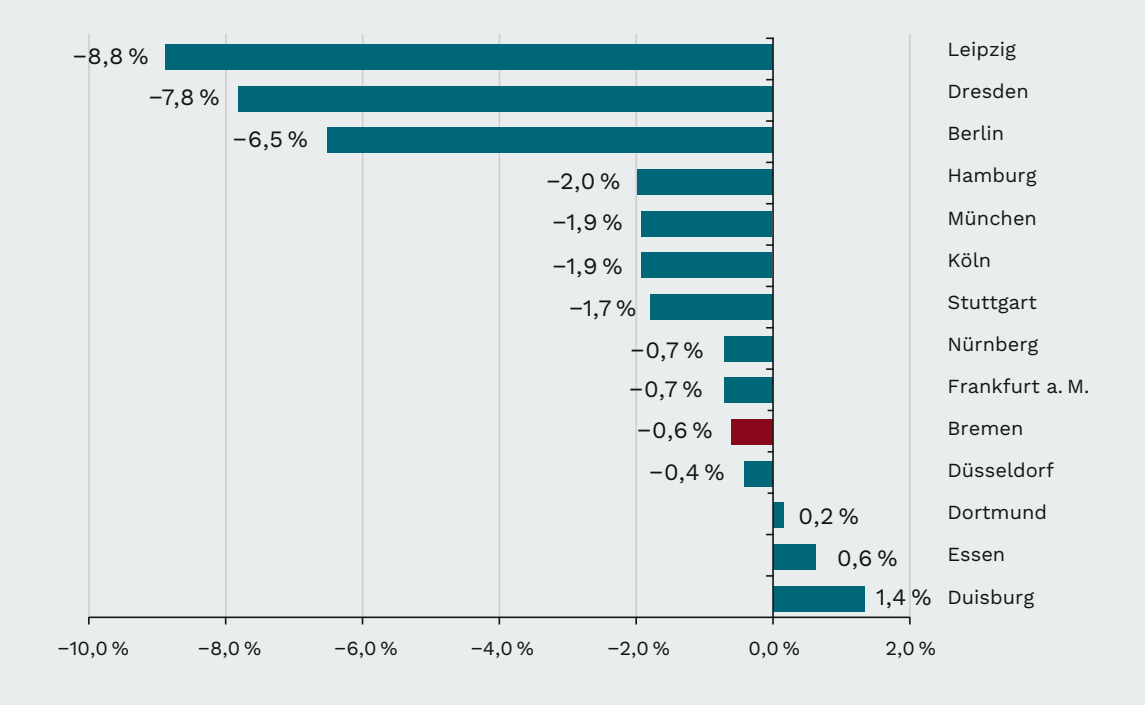
Auch im Hinblick auf Niedriglöhne zeigen sich im Übrigen deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen: Während bundesweit nur 15,5 Prozent der vollzeitbeschäftigten Männer einen Niedriglohn erhalten, ist es bei den Frauen jede Vierte (25,8 Prozent), die für einen Niedriglohn arbeitet.

Stand und Entwicklung: Bremen im Städtevergleich

Beim Niedriglohnbereich gibt es große regionale Unterschiede zwischen den Bundesländern wie auch zwischen den Städten. Wie sieht die Situation im Land Bremen aus? Die aktuelle Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit zeigt für die Stadt Bremen einen Niedriglohnbereich von 16,4 Prozent. Die Spanne bei den ähnlich großen Vergleichsstädten von Bremen reicht von 17,9 Prozent in Dortmund bis hin zu 9,2 Prozent in Stuttgart. Im Vergleich mit den westdeutschen Großstädten liegt Bremen damit im oberen Drittel.

Nur geringe Fortschritte beim Abbau von Niedriglöhnen konnten in den vergangenen Jahren erzielt werden. Während die Entwicklung des Niedriglohnbereichs in den letzten Jahren in Deutschland rückläufig war und die Quote von 21,1 Prozent 2011 auf 18,8 Prozent 2019 sank, verzeichnete die Stadt Bremen in diesem Zeitraum nur einen leichten Rückgang von 0,6 Prozentpunkten. Der Vergleich Bremens mit anderen Großstädten zeigt die unterschiedliche Dynamik in den einzelnen Städte, wobei vor allem die Städte in den neuen Bundesländern profitieren konnten.

Abbildung 5:
Bremen im Städtevergleich: Entwicklung des Niedriglohnbereichs seit 2011
in Prozentpunkten



Quelle: Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit 2020
© **Arbeitnehmerkammer** Bremen

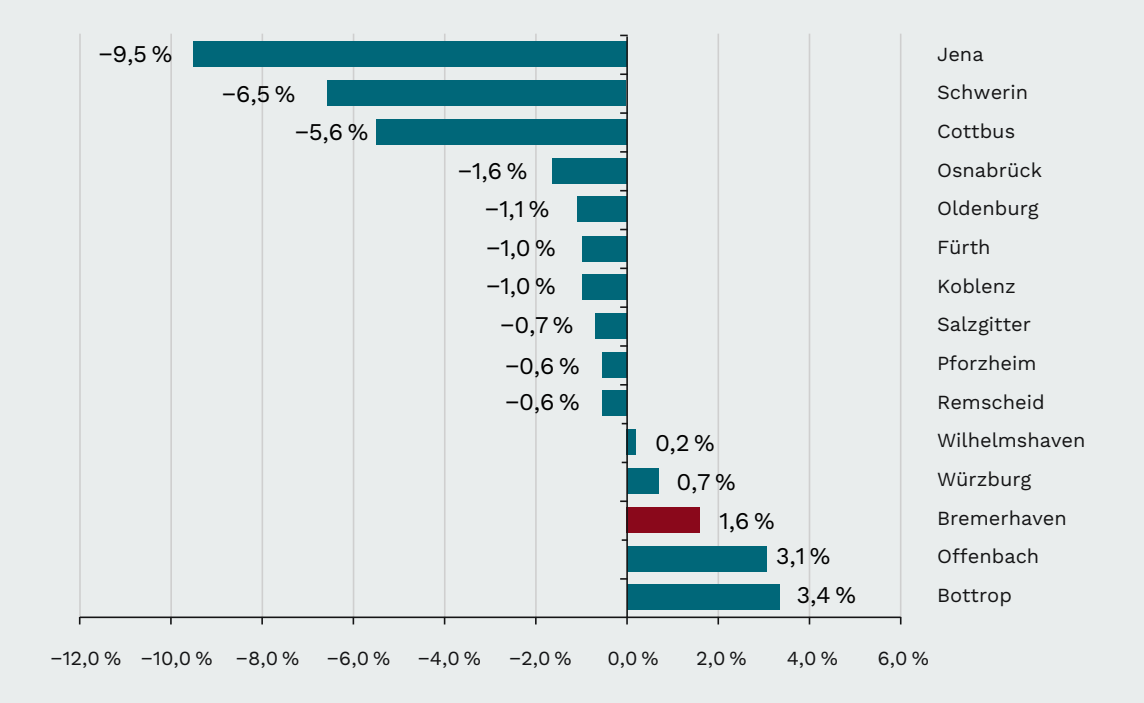
Stand und Entwicklung: Bremerhaven im Städtevergleich

Deutlich schlechter als in Bremen sieht die Situation in Bremerhaven aus. Bremerhaven verzeichnet aktuell 20,9 Prozent Beschäftigte mit Niedriglohn und liegt damit an der Spitze der ähnlich großen westdeutschen Vergleichsstädte. Wilhelmshaven liegt an zweiter Stelle mit einem Anteil von 20,8 Prozent; den niedrigsten Wert der Vergleichsstädte hat Salzgitter mit einem Anteil von 10,3 Prozent.

„Bei der Entwicklung des Niedriglohnsektors kann keine Entwarnung gegeben werden.“

Auch bei der Entwicklung des Niedriglohnsektors kann keine Entwarnung gegeben werden. Die stärksten Rückgänge verzeichneten auch hier die ostdeutschen Vergleichsstädte. Bei den westdeutschen Städten war das Bild uneinheitlich, wie die *Abbildung 6* zeigt. Bremerhaven verzeichnet hier sogar eine Zunahme des Niedriglohnbereichs um 1,6 Prozentpunkte seit 2011.

Abbildung 6:
Bremerhaven im Städtevergleich: Entwicklung des Niedriglohnbereichs seit 2011
in Prozentpunkten



Quelle: Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit 2020
© **Arbeitnehmerkammer** Bremen

2020 erstmals deutlicher Rückgang der Löhne

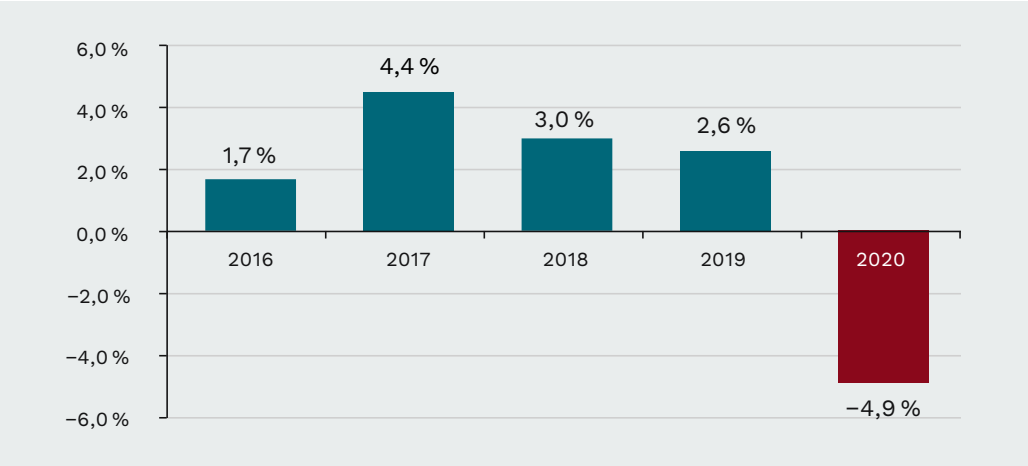
Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der letzten Jahre waren günstig für die Lohnentwicklung. Neben der stabilen Konjunkturentwicklung hatten vor allem die niedrige Inflation und gute Tarifabschlüsse dazu geführt, dass der Trend wieder nach oben gezeigt hat.

Vor diesem Hintergrund waren in den letzten Jahren stets Verdienstzuwächse zu verzeichnen. Auch noch im ersten Quartal 2020 war die Entwicklung positiv. Der Lockdown im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hat im zweiten Quartal 2020 im Land Bremen wie in Deutschland insgesamt zu einem Rückgang der Löhne geführt: nominal um 4,9 Prozent. Der Hauptgrund für diese Entwicklung ist der Rückgang der bezahlten Wochenstunden. Die finanziellen Verluste werden dabei nur zum Teil durch das Kurzarbeitergeld abgefedert. Betroffen davon waren im Land Bremen im April und Mai rund 70.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also jeder fünfte Beschäftigte. Sie befanden sich mindestens teilweise in Kurzarbeit.[7]

In diesem Zusammenhang muss allerdings berücksichtigt werden, dass es sich beim Lohnrückgang von 4,9 Prozent um einen Durchschnittswert handelt. Wie bereits eingangs betont, sind Branchen wie die Gastronomie, der Einzelhandel, die Kultur etc. besonders betroffen; andere dagegen kaum, wie der Blick auf die unterschiedlichen Leistungsgruppen deutlich macht.

7 Zahlen für den Herbst/Winter 2020 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Abbildung 7:
Lohnentwicklung 2016 bis 2020
Veränderung des Nominallohnindex (2015 = 100) gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen; 2020: 2. Quartal
© **Arbeitnehmerkammer** Bremen

Vor allem Niedriglohnbezieher verdienen weniger

Besonders betroffen sind die unteren Leistungsgruppen: die Ungelernten und Angelernten. Bei den Ungelernten betrug der Rückgang der nominalen Löhne im zweiten Quartal 2020 14,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, bei den angelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sogar 17,9 Prozent. Die Werte sind fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt (minus 7,4 Prozent bei den Ungelernten beziehungsweise minus 8,9 Prozent bei den Angelernten).

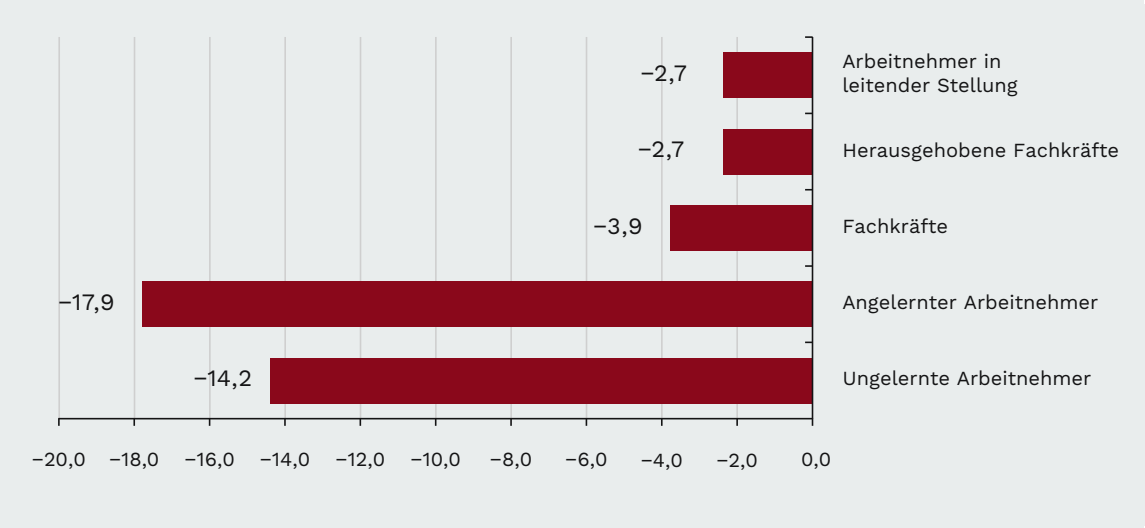
Fachkräfte haben einen Rückgang von 3,9 Prozent (Bund: minus 4,8 Prozent) zu verzeichnen. Am geringsten waren die Lohneinbußen bei den herausgehobenen Fach- und Führungskräften mit minus 2,7 Prozent (Bund: minus 2,4 Prozent beziehungsweise minus 2,0 Prozent).

Ausblick: Die Krise hat erst begonnen

Nach den Lockerungen im Sommer 2020 gibt es aktuell wieder weitreichende Kontaktbeschränkungen, die sich letztlich auch bei den Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer niederschlagen werden. Nach einem weiteren leichten Rückgang im dritten Quartal ist schon jetzt absehbar, dass die negative Lohnentwicklung sich verstärkt auch im vierten Quartal 2020 und im ersten Quartal 2021 fortsetzen wird, von den mittel- und langfristigen Folgen ganz abgesehen.

Der negativen Lohnentwicklung und der sich abzeichnenden Zunahme der Lohnungleichheit sollte entgegengewirkt werden. Wichtigstes Instrument zur Reduzierung von Lohnungleichheit ist die Stärkung der Tarifbindung. Sie sollte durch umfassende Tariftreueregelungen bei öffentlicher Auftragsvergabe und erleichterten Voraussetzungen für die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen gestützt werden *(siehe Artikel „Erosion der Tarifbindung im Land Bremen“ in diesem Band)*. Außerdem gilt es, durch eine offensive Mindestlohnpolitik auf Bundes- und Landesebene die Löhne im unteren Einkommensbereich zu stützen. Daher ist die Erhöhung des Landesmindestlohns auf 12 Euro ein richtiger Schritt. Die Dynamik bei der Entwicklung des Bundesmindestlohns lässt allerdings deutlich zu wünschen übrig.

Abbildung 8:
Lohnenwicklung im 2. Quartal 2020 nach Leistungsgruppen
Nominallohnindex, Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal



Quelle: Eigene Berechnung
© **Arbeitnehmerkammer** Bremen

Zudem muss gesehen werden, dass die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen in der Corona-Pandemie zwischen den Bundesländern ungleich verteilt sind. Das Land Bremen hat seine strukturellen Schwächen in den letzten Jahren nur teilweise überwunden. Einzelne positive Entwicklungen haben im Ergebnis nicht zu einer nachhaltigen Erholung geführt. Der Blick auf den Zeitraum der Finanzkrise 2008 bis 2019 macht deutlich: Bremen ist abgekoppelt von der durchschnittlichen Entwicklung bei Wirtschaft und Beschäftigung; im Vergleich der Bundesländer belegt Bremen einen der hinteren Plätze. Zudem ist der Anteil prekärer Beschäftigung im Land Bremen besonders hoch, wie auch die Abhängigkeit der Wirtschaft von der weltwirtschaftlichen Lage.

Mit den beschlossenen Hilfsprogrammen von Bund und Ländern ist ein wichtiger Schritt vollzogen worden, um den Angebots- und Nachfrageschock infolge der Corona-Pandemie zu mindern und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.[8]

Gleichwohl darf die Frage nicht aus dem Blickfeld geraten, ob die aktuellen wirtschaftlichen Auswirkungen nur eine kurzfristige Zäsur darstellen, wie es in einigen Modellrechnungen bislang angenommen wird. Vor dem Hintergrund der weltweiten Betroffenheit und der nach wie vor unzureichenden Kenntnis über die Dauer der Pandemie sind auch längerfristige Probleme denkbar, zumal der lang anhaltende konjunkturelle Aufschwung bereits 2019 sein Ende gefunden hat. Ein wichtiges Instrument zur Flankierung der Pandemie und des Strukturwandels wäre eine präventive und proaktive Weiterbildungsoffensive für Beschäftigte und Arbeitslose, die insbesondere Geringqualifizierte und Beschäftigte in Krisenbranchen adressiert.

8 Dazu ausführlich „Arbeitnehmerorientierte Politik in und nach der Krise – Impulse für einen Bremen-Fonds“; Stellungnahme der Arbeitnehmerkammer Bremen, Mai 2020.

Literatur

Institut Arbeit und Qualifikation (2020): IAQ zum Niedriglohnsektor in Deutschland.
Enorme Spanne zwischen den Ländern. Pressemitteilung vom 11.11.2020.

Jathe, Jan/Geraedts, Regine (2020): Corona und die Folgen – Auswirkungen auf die Arbeitswelt im Land Bremen. KammerKompakt Nr. 4 Ausgabe Dezember 2020, Arbeitnehmerkammer Bremen (Hrsg.).

Muscheid, Jörg (2019): Niedrige Inflation, steigende Tarifabschlüsse: 2018 war ein gutes Jahr. In: Arbeitnehmerkammer Bremen (Hrsg.), Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen 2019, S. 43–50. https://arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Jaehrliche_Publikationen/Lagebericht_2019_Muscheid_Jahr_2018.pdf. Zugriff am 17.02.2021.

WSI-Verteilungsbericht (2020): Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt.